

Resolution

Gehaltserhöhung und Pensionsanpassung

Gehaltserhöhung und Pensionsanpassung müssen für alle eine Kaufkraftstärkung bewirken und jedenfalls die Abgeltung der Steigerung der Lebenshaltungskosten beinhalten.

Aus diesem Grund wird eine prozentuelle Erhöhung auf die Gehaltsstaffeln und sämtliche Zulagen gefordert.

Dienstrechtsnovelle

Lösen von Problemen, die durch den Pragmatisierungsstopp ausgelöst bzw. verursacht werden. Dazu zählen:

Ausweitung der Karenzierungsmöglichkeiten, insbesondere der Dauer, wenn die Begründung eines Dienstverhältnisses zu einer anderen inländischen Gebietskörperschaft erfolgt.

Ausweitung der Berücksichtigung der zeitabhängigen Rechte im Ausmaß der Karenzierungszeiten bei vorhergenannten Fällen durch Auflösung der Begrenzung von 5 Jahren.

Schaffung von attraktiven Möglichkeiten des flexiblen Übergangs in den Ruhestand bzw. in die Pension.

Die Möglichkeit einer höheren eigenen Versicherung für Teilzeit vor der Pension bzw. Ruhestand soll festgeschrieben werden.

Anrechenbarkeit von geleisteten Zeiten als Grundwehrdiener, freiwillig verlängerter Grundwehrdiener und Zeitsoldat als beitragsgedeckte Zeiten über 30 Monate im Rahmen der Langzeitversichertenregelung ist festzuschreiben.

Bei der Planung von Umstrukturierungen sind zeitgleich die notwendigen Sozialpläne vorzulegen und zu verhandeln und die Umsetzung dieser festzuschreiben.

Lohnsteuer

- Anhebung der Steuergrenzen im Einkommensteuergesetz in Höhe der Inflationsrate.

- Beibehaltung der Trennung zwischen Sozialversicherungsbeiträgen und zu leistender Steuer (Transparenz erhalten).